



Kommentar

16.07.2024

Bundeshaushalt: Bundesregierung lässt Tierheime im Stich

Aus der Kabinettsvorlage zum Bundeshaushalt 2025, die morgen beschlossen werden soll, geht hervor, dass die amtierende Bundesregierung auch im letzten Bundeshaushalt dieser Legislaturperiode keine Verbrauchsstiftung für Tierheime einplant und damit den Koalitionsvertrag nicht einhält. Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, kommentiert:

„Tierheime werden wir durch eine Verbrauchsstiftung unterstützen – so steht es im Koalitionsvertrag. Doch die Bundesregierung bricht ihre Versprechen und lässt die Tierheime im Stich.“

Die angekündigten Mittel aus einer Verbrauchsstiftung braucht es dringend, wenn der praktische Tierschutz vor Ort überleben soll. Tierheime müssen energetisch optimiert werden, auch um die immens gestiegenen Energiekosten zu drosseln. Quarantäne- und Krankenstationen müssen ausgebaut werden, um Tiere in Not weiter adäquat betreuen und versorgen zu können. Die Behörden, die ihre eigenen Pflichtaufgaben wie die Fundtierbetreuung an die Tierheime abgeben, verweigern diesen durchweg eine kostendeckende Erstattung. Finanzielle Reserven für notwendige Investitionen in die Infrastruktur, energetische Maßnahmen, veterinärmedizinische Auflagen oder die des Arbeitsschutzes sind daher nicht vorhanden. Dafür braucht es die Verbrauchsstiftung!

Die Tierheime in Deutschland sind am Rande ihrer finanziellen Möglichkeiten und können schon lange nicht mehr alle Tiere aufnehmen, die von ihren Besitzern nicht mehr gewollt sind. Die Hälfte der Tierheime ist voll oder sogar übevoll. Nur 18 Prozent haben überhaupt noch Kapazitäten. Immer wieder müssen Aufnahmestopps verhängt werden. Es herrscht Wut, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit.

Jetzt ist es an den Fraktionen von SPD, Grünen und FDP, im Rahmen der Haushaltsverhandlungen die Stiftung einzurichten und so den Koalitionsvertrag zu erfüllen. Gemeinsam mit unseren 16 Landestierschutzverbänden und über 760 angeschlossenen örtlichen Tierschutzvereinen mit 550 Tierheimen fordern wir die Fraktionen auf, im Parlament Wort zu halten.“

Bundesgeschäftsstelle
Presseabteilung

In der Raste 10
53129 Bonn
Tel: 0228/60496-24
Fax: 0228/60496-41

E-Mail:
presse@tierschutzbund.de
Internet:
www.tierschutzbund.de

Gemeinnützigkeit
anerkannt

Registergericht
Amtsgericht Bonn
Registernummer
VR3836

Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98
Konto Nr. 40 444

IBAN:
DE88370501980000040444
BIC:
COLS DE 33